

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. Dezember 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	52, 53
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	9	Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Bachmaier, Hermann (SPD)	46, 47	Lotz, Erika (SPD)	7, 8
Barthel, Klaus (SPD)	27, 28	Mehl, Ulrike (SPD)	4, 5
Bindig, Rudolf (SPD)	64	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	48
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	2, 3	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Schewe-Gerigk, Irmingard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Schmitt, Wolfgang (Langenfeld) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 51
Erler, Gernot (SPD)	49, 50	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	10, 11
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	62	Sielaff, Horst (SPD)	18, 19
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	1	Stiegler, Ludwig (SPD)	60, 61
Hartmann, Hanns-Peter (PDS)	29, 30	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Hilsberg, Stephan (SPD)	34, 35	Wallow, Hans (SPD)	57, 63
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	32, 33	Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)	31, 54
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	58, 59	Dr. Wodarg, Wolfgang (SPD)	20, 21
Kirschner, Klaus (SPD)	12, 13	Dr. Wolf, Winfried (PDS)	23
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	38, 39	Wright, Heidemarie (SPD)	16, 17
Kubatschka, Horst (SPD)	22, 26		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Rückstellungen der Bergbauwirtschaft für Bergschäden entwickelt, und wie wird dies mit Blick auf die Praxis in der freien Wirtschaft bewertet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

2. Abgeordneter
Hans Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)
- Wie hoch ist der Anteil Zivildienstleistender, die vor Aufnahme ihrer zum Teil schweren und einfühlbaren Arbeit, z. B. im Bereich der häuslichen Pflege, eine sachgerechte und ausreichende Grundausbildung entsprechend der Grundausbildung für Wehrdienstleistende erhalten?
3. Abgeordneter
Hans Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine solche Grundausbildung inhaltlich wie auch finanziell sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluß des Europäischen Parlaments betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates zur EU-Artenschutzverordnung 9457/95, insbesondere hinsichtlich des Änderungsvorschlags, wonach „Vogelarten, bei denen festgestellt wurde, daß im Handel befindliche lebende Exemplare kaum einen Transport überleben oder auch kaum für einen beträchtlichen Teil ihrer potentiellen Lebensdauer in Gefangenschaft überleben können“ in Anhang B der Verordnung aufgenommen werden können?

5. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welche Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments wurden von der EU-Kommission nach Kenntnis der Bundesregierung übernommen, und wie wird sich die Bundesregierung bei der kommenden Abstimmung des Rates über die neue EU-Artenschutzverordnung verhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

6. Abgeordneter
**Wolfgang
Schmitt
(Langenfeld)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Landkonflikt in der kolumbianischen Provinz Cesar, und hier insbesondere die Situation auf der Hacienda Belacruz, bei den neuerlichen entwicklungspolitischen Verhandlungen mit der kolumbianischen Regierung zur Sprache zu bringen und sich für das Recht der 280 Bauern auf das ihnen von kolumbianischen Gerichten zugesprochene Land einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordnete
**Erika
Lotz**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Gesangsvereine in ländlichen Regionen bei kulturellen Veranstaltungen Gebühren an die GEMA abführen müssen, und wenn ja, sieht die Bundesregierung die Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß Gesangsvereine in ländlichen Gebieten, in denen das kulturelle Angebot gering ist, von GEMA-Gebühren befreit werden, wie dies für Veranstaltungen der Jugend- und Sozialhilfe, der Alten- und Wohlfahrtspflege, der Gefangenenbetreuung sowie für Schulveranstaltungen der Fall ist?
8. Abgeordnete
**Erika
Lotz**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, aufgrund der strukturellen Gegebenheiten in ländlichen Gebieten im Interesse einer sozialen Ausgewogenheit die gesetzliche Grundlage für eine Gebührenbefreiung von Gesangsvereinen zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

9. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf den beabsichtigten Verkauf von Haschisch über Apotheken als Modellvorhaben – wie von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung beabsichtigt – im Hinblick auf einen möglichen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz oder andere Vorschriften, und sind ähnliche Bemühungen hinsichtlich eines Verkaufs von Haschisch aus anderen Bundesländern oder seitens anderer Landesregierungen bekannt?
10. Abgeordneter
**Michael
von Schmude**
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung dazu, den Verkauf von Haschisch und Marihuana über Apotheken zu betreiben?
11. Abgeordneter
**Michael
von Schmude**
(CDU/CSU)
- Reichen die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen aus, um eine Quasi-Legalisierung von Haschisch und Marihuana zu unterbinden, und ist die Bundesregierung unter Umständen bereit zu prüfen, ob künftig auch eine Begünstigung beim Handel mit Haschisch und Marihuana unter Strafe gestellt werden kann?
12. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die häusliche Krankenpflege eine Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenversicherung darstellt?
13. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die häusliche Krankenpflege eine medizinisch notwendige Leistung und als tragender Bestandteil einer medizinischen und wirtschaftlichen Versorgungsstruktur zu erhalten ist?
14. Abgeordnete
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft die dpa-Meldung vom 22. November 1996 zu, daß das Bundesministerium für Gesundheit ein Verbot erlassen hat, die Sterbehospize und Palliativstationen mit wie bisher 170 DM pro Tag auf Grundlage des § 37 SGB V (Häusliche Krankenpflege) von den Krankenkassen zu unterstützen, und mit welcher Begründung wurde dieses Verbot erlassen?

15. Abgeordnete
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird der Bundesminister für Gesundheit ergreifen, um die Finanzierung und den Erhalt der Hospize zu garantieren, und wie bewertet der Bundesminister für Gesundheit die Gewährleistung der Finanzierung der Einrichtungen aus Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Bundessozialhilfegesetz sowie Eigenanteil?
16. Abgeordnete
**Heidemarie
Wright**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Abteilungsleiter des Bundesinstitutes für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin in einem Luxushotel an der Côte d'Azur auf Einladung und auf Kosten einer von der Firma „Virbac“ finanzierten Pharma-Stiftung verbrachten Kurzurlaub, von dem das Fernsehmagazin „Frontal“ im Oktober berichtet hat?
17. Abgeordnete
**Heidemarie
Wright**
(SPD)
- Welche Zulassungsverfahren für Tierarzneimittel des Pharmaunternehmens „Virbac“, das die Stiftung trägt, die laut Berichten der Fernsehsendung „Frontal“ den Abteilungsleiter des Bundesinstitutes für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin zu einem Kurzurlaub an der Côte d'Azur eingeladen hat, wurden seit Anfang 1995 beim BgVV bearbeitet bzw. sind derzeit noch anhängig?
18. Abgeordneter
**Horst
Sielaff**
(SPD)
- Welche offiziellen Funktionen nimmt der Abteilungsleiter des Bundesinstitutes für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, Professor Kroker, im Auftrag der Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene wahr?
19. Abgeordneter
**Horst
Sielaff**
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung im Hinblick auf einen möglichen Verstoß des Abteilungsleiters des Bundesinstitutes für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, Professor Kroker, der laut Berichten des Fernsehmagazins „Frontal“ auf Einladung einer Pharma-Stiftung einen Urlaub an der Côte d'Azur verbracht hat, gegen das geltende Beamtenrecht?
20. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Wodarg**
(SPD)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über sachliche Zuwendungen für Beamte des Bundesinstitutes für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin durch Verbände oder Stiftungen der deutschen oder europäischen Pharmaindustrie?

21. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Wodarg**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die geltenden Gesetze für ausreichend, um ggf. eine zügige Rücknahme bzw. Änderung der Zulassungen für Tierarzneimittel zu gewährleisten, wenn die gesetzlich geforderten Zulassungsvoraussetzungen, z. B. aufgrund gesundheitlicher Bedenken, EU-Verboten oder mangelhafter Wirksamkeit infolge massiver Resistenzen, nicht mehr erfüllt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

22. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirtschaftlichkeit des ursprünglich geplanten Ausbaus der Donau zwischen Straubing und Vilsbiburg mittels zweier Staustufen und eines Seitenkanals im Hinblick darauf, daß sich das Transportvolumen als Folge dieses 1,6 Mrd. DM teuren Ausbaus nach Schätzungen der Bayerischen Staatsregierung bis zum Jahre 2010 auf 9,5 Mio. t erhöht hätte, während die jetzt beschlossenen und lediglich mit 24 Mio. DM veranschlagten Optimierungsmaßnahmen schon zu einem geschätzten Transportvolumen von 8,8 Mio. t führen werden?
23. Abgeordneter
**Dr. Winfried
Wolf**
(PDS)
- Hält die Bundesregierung an ihrer in der Antwort auf die Kleine Anfrage „Probleme des Inline-Skater-Verkehrs auf Gehwegen“ (Drucksache 13/6169) vertretenen Auffassung, es handele sich „bei Inline-Skates um Spielzeug und nicht um Fahrzeuge“, diese seien „nicht den ‚Beförderungsmitteln‘, sondern vielmehr dem Sport/Spiel zuzurechnen“, fest, obwohl der Bundesminister der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, am 22./23. November 1996 auf einer Veranstaltung im Rahmen des CSU-Parteitages die Fortbewegung mittels sog. Inline-Skates als „moderne Mobilität“ lobend hervorhob?
24. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung derzeit bereits Zwischen- oder Endergebnisse der durch den Bundesrechnungshof geforderten, von der Magnetschnellbahn-Planungsgesellschaft in Auftrag gegebenen und für den Herbst angekündigten neuen Fahrgastprognosen für den Transrapid vor, und welchen Inhalt haben sie?

25. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung daß der Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, – wie aus zahlreichen Presseveröffentlichungen ersichtlich – offensichtlich bereits über Zwischen-, Teil- oder Endergebnisse dieser Fahrgastprognosen verfügt, während das Parlament auf Informationsgewinnung über Pressequellen angewiesen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

26. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Welchen Abbau öffentlicher Telefonzellen hält die Bundesregierung im Rahmen des grundgesetzlichen Infrastrukturauftrages und der sonstigen Rechtslage (z. B. Telefonkundenschutzverordnung, Universaldienstverordnung) für rechtlich und politisch vertretbar?
27. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD)
- In welchem Umfang und nach welchen Kriterien plant die Deutsche Telekom AG den Abbau öffentlicher Telefonzellen?
28. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Telekom AG die Gemeinden an der Finanzierung unrentabler öffentlicher Telefonzellen beteiligen will?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

29. Abgeordneter
**Hanns-Peter
Hartmann**
(PDS)
- Welche Umfrageergebnisse gibt es im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau bezüglich der Umzugsbereitschaft (detailliert nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes) im Vergleich zum künftigen Personalbedarf des Bundesministeriums in Berlin und Bonn?

30. Abgeordneter
Hanns-Peter Hartmann
(PDS)
- Welche Konzepte gibt es in den sechs Ressorts (Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Justiz, Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft, Bundesministerium für Verkehr und Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau), die hinsichtlich des Umzugs von Parlament und Regierung nach Berlin Personalüberhänge beim einfachen und mittleren Dienst verzeichnen, zum Abbau der Überhänge?
31. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Warnick
(PDS)
- Welche Sonderregelungen sind bezüglich der Unterbringung von Kindern von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundeskanzleramtes und anderer Bundesbehörden in geplanten bundeseigenen Kindertagesstätten in Berlin außerhalb der regulären Öffnungszeiten (siehe auch „Schlagabtausch um Kita's in: Behördenspiegel/Umzugszeitung vom November 1996) vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

32. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Berichte zu, wonach die verwaltungsmäßige Abwicklung des Meister-BAföG auch mehr als ein halbes Jahr nach der Verabschiedung des Gesetzes so schleppend verläuft, daß nach wie vor der größte Teil der anspruchsberechtigten Kursteilnehmer noch keinerlei Zahlungen erhalten hat und dadurch in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist (s. Passauer Neue Presse vom 27. November 1996)?
33. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Angaben dazu machen, wie viele Meisterschüler ihren Kurs bereits abgebrochen haben, weils sie aufgrund der verzögerten Bearbeitung monatelang keine Zuschüsse erhalten haben und dementsprechend ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten könnten?
34. Abgeordneter
Stephan Hilsberg
(SPD)
- Welche Unterschiede bestehen nach den der Bundesregierung vorliegenden und zugänglichen Informationen hinsichtlich der Höhe der Ausbildungsvergütung zwischen Jugendlichen in Westdeutschland und Ostdeutschland unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Branchen, und hält die Bundesregierung die in Ostdeutschland gezahlten Ausbildungsvergütungen für ausreichend für den Lebensunterhalt eines Volljährigen im dritten Ausbildungsjahr?

35. Abgeordneter
Stephan Hilsberg
(SPD)
- In welchem Umfange sind in den vergangenen Jahren Jugendliche in den neuen Bundesländern nach ihrer Ausbildung von den Betrieben in eine dauerhafte Beschäftigung übernommen worden, und wie viele Jugendliche haben nach einer Übergangszeit eine Beschäftigung im Ausbildungsberuf gefunden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

36. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auskunft kann die Bundesregierung geben über aktuell etwa bestehende dienstliche Kontakte von Sicherheitsbehörden des Bundes sowie – ihrer Kenntnis nach – der Bundesländer zu dem in Kolumbien kürzlich festgenommenen Privatagenten Werner Mauss (vgl. STERN vom 19. November 1996) und insbesondere über die Herkunft der bei Werner Mauss aufgefundenen diversen Personalausweisdokumente sowie deren etwaige Gestellung durch die genannten Behörden, und welche Auskunft kann die Bundesregierung ferner über die derzeit gegen Werner Mauss in Deutschland und im Ausland (etwa in Belgien) vorliegenden Haft- bzw. Vorführungsbefehle sowie zu der Frage erteilen, ob sie derentwegen um eine Auslieferung von Werner Mauss ersuchen wird?
37. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auskunft kann die Bundesregierung geben über die seit 1987 insbesondere durch das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt bzw. dessen Mitarbeiter unterhaltenen dienstlichen oder persönlichen Kontakte zu dem Privatagenten Werner Mauss, über dessen mit Wissen oder Billigung der Bundesregierung unternommene Missionen, vor allem im Ausland, sowie über die ihm jeweils gewährten Unterstützungsleistungen und – ggf. zur Weiterleitung bestimmten – geldwerten Vorteile, und welche Auskunft kann die Bundesregierung ferner über die Erwägungen und Zeitpunkte erteilen, wo ihr nachgeordnete Behörden, wie etwa das Bundeskriminalamt, eine Zusammenarbeit mit Werner Mauss definitiv ausgeschlossen haben, sowie über die Gründe, warum eine solche Position innerhalb der Bundesregierung offenbar durch den Inhaber der Richtlinienkompetenz nicht vereinheitlicht worden ist?

38. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Wie oft hat es bisher Kontakte von Staatsminister Bernd Schmidbauer zu dem Privatagenten Werner Mauss gegeben?
39. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Hat die Bundesregierung Informationen darüber, warum sich der Privatagent Werner Mauss am Todestag des früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. Uwe Barschel in Genf aufgehalten hat (s. „Focus“, Ausgabe 48/1996, S. 35)?
40. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auskunft kann die Bundesregierung geben über Art und Anlaß der dem Privatagenten Werner Mauss durch das Auswärtige Amt seit 1983 gewährten Vergünstigungen, über die jeweilige Einbindung des Bundesministers des Auswärtigen in diese Vorgänge sowie insbesondere über die Gründe und spezifischen Erfahrungen der deutschen Botschaft in Bogota mit Werner Mauss, derentwegen sie das von ihm gewünschte Empfehlungsschreiben zunächst verweigerte, sodann aber der Staatssekretär im Auswärtigen Amt persönlich eine entsprechende Anweisung erteilte sowie Hilfesuchende an Werner Mauss verweisen ließ (s. DER SPIEGEL Nr. 48/1996), und welche Auskunft kann die Bundesregierung ferner erteilen über Herkunft, Aussteller und Übermittler der von Werner Mauss geführten Personalpapiere sowie jeweils über Herkunft, Empfänger und konkrete Verwendung der für Geiseln in Kolumbien durch Werner Mauss vermittelten Lösegelder, welche dieser etwa im Fall Schoene nach eigener Aussage „im Auftrag der Bundesregierung“ und ohne Kostenbelastung der Entführten bzw. ihres Umfeldes aufbringen wollte (s. ZDF-Sendung „Frontal“ vom 26. November 1996)?
41. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, daß Werner Mauss in Kolumbien andere zur Geiselnbefreiung bereits tätige Unternehmen verdrängt und dabei die zu zahlenden Lösegelder erhöht haben soll, den kolumbianischen Behörden seine Aktivitäten gesetzeswidrig nicht gemeldet, korrupte Praktiken deutscher Unternehmen in Kolumbien vermittelt und gar aufgrund freundschaftlicher Kontakte zu den ELN-Rebellen deren auch für ihn lukrative Entführungsaktionen ermöglicht haben soll, und welche Informationen kann die Bundesregierung ferner über die von ihr mit Hilfe von Werner Mauss offenbar beabsichtigten Friedensvermittlungen zwischen kolumbianischer Regierung und Guerilla sowie über Zusammenkünfte der daran beteiligten Personen mit Regierungsvertretern in Deutschland erteilen (s. Süddeutsche Zeitung vom 20. November 1996)?

42. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft die Meldung der „El Espectador“ vom 27. November 1996 zu, wonach die Bundesregierung in einem Brief an die kolumbianische Staatsanwaltschaft den Agenten Werner Mauss als Vermittler zur Guerilla stützt und die kolumbianischen Behörden auffordert, „wieder Vertraulichkeit einkehren zu lassen“?
43. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft die Behauptung der kolumbianischen Opposition zu, daß Werner Mauss bei der Vermittlung von Verträgen an deutsche Firmen eine wichtige Rolle gespielt hat, z. B. indem er im Auftrag des Mannesmann-Konzerns mindestens 10 Mio. Dollar an die Guerilla gezahlt hat, und wird die Bundesregierung der kolumbianischen Regierung bei der Aufklärung behilflich sein?
44. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was weiß die Bundesregierung über die Mittler-tätigkeit des Privatagenten Werner Mauss zwischen deutschen Firmen wie Siemens und kolumbianischen Behörden und anderen Entscheidungsträgern im Zusammenhang mit der Vergabe von staatlichen Aufträgen an deutsche Firmen?
45. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Werner Mauss unter Verwendung seiner auf unterschiedliche Namen lautenden deutschen Pässe auch Geldbeträge deutscher Firmen an kolumbianische Auftraggeber geleitet hat, und seit wann ist die Bundesregierung über dieses Tätigkeitsfeld von Werner Mauss informiert (s. AFP-Meldung vom 20. November 1996)?
46. Abgeordneter
Hermann Bachmaier
(SPD)
- Seit wann bestehen Kontakte zwischen dem Bundeskanzleramt, insbesondere Staatsminister Bernd Schmidbauer, und dem Privatagenten Werner Mauss?
47. Abgeordneter
Hermann Bachmaier
(SPD)
- Welchem jeweiligen Zweck dienten die Kontakte des Bundeskanzleramtes bzw. des Staatsministers Bernd Schmidbauer mit dem Privatagenten Werner Mauss?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

48. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Einhaltung des Zeitplanes zur Einberufung der Staatenkonferenz durch die VN-Vollversammlung für das Jahr 1997 oder zumindest 1998 nachhaltig zu unterstützen, so daß die Unterzeichnung eines Vertrages zur Errichtung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs vorangebracht werden kann?
49. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Durchführung, das Ergebnis und die politischen Folgen des von Präsident Lukaschenko in Belarus (Weißrußland) durchgeführten Referendums unter besonderer Berücksichtigung eines deutschen Interesses an der Weiterentwicklung einer pluralistischen, parlamentarischen Demokratie in diesem GUS-Staat?
50. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung als Reaktion auf das Vorgehen des weißrussischen Präsidenten bisher getroffen bzw. wird sie noch treffen, und in welcher Weise erfolgt hierbei eine Abstimmung mit den übrigen westlichen Staaten und in besonderer Weise mit den Maßnahmen der Vereinigten Staaten?
51. Abgeordneter
Wolfgang Schmitt
(Langenfeld)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um zu erreichen, daß die von der Hacienda Bellacruz im Norden Kolumbiens durch paramilitärische Einheiten vertriebenen 280 Bauernfamilien wieder auf ihr Land zurück können, und ist die Bundesregierung bereit, sich durch Besuche von Angehörigen der deutschen Botschaft bei den seit Monaten in Büros der Landreformbehörde INCORA in Bogota ausharrenden und aktuell von Angehörigen der paramilitärischen Einheiten mit dem Tode bedrohten Bauernfamilien über die Situation dieser Menschen zu informieren?
52. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß die nach § 26 Abs. 1 des Jahressteuergesetzes 1997 vorgesehenen Stellenkürzungen erhebliche Negativwirkungen für die Besetzung der Konsular-, Rechts- und Wirtschaftsabteilungen der deutschen Vertretungen im Ausland haben werden mit der Konsequenz, daß Auswirkungen sowohl für die innere Sicherheit als auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland unvermeidbar sind?

53. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- In welchen Ländern werden nach Kenntnis der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Berichte der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland Frauen aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen bzw. plant die Bundesregierung, um in diesen Ländern wirksam zur Stärkung der Rechte von Frauen beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

54. Abgeordneter
**Klaus-Jürgen
Warnick**
(PDS)
- Welche Sonderregelungen gibt es bezüglich der Unterbringung von Kindern von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundeskanzleramtes und anderer Bundesbehörden in bundeseigenen Kindertagesstätten in Bonn außerhalb der regulären Öffnungszeiten?
55. Abgeordnete
**Annelie
Buntenbach**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auskunft kann die Bundesregierung über Gründe, Zielrichtung und Auswirkungen einer etwa – auch wegen Interventionen von Opfer-Angehörigen – beabsichtigten Veränderung des sog. Aussteigerprogramms des Bundesamtes für Verfassungsschutz für Terrorismus-Verdächtige geben, und inwieweit trifft es insbesondere zu, daß der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum 3. Dezember 1996 in das Bundeskanzleramt oder das Bundesministerium des Innern einbestellt worden ist, um ihm die dort beschlossene sofortige Beendigung dieses Programms darzulegen?
56. Abgeordnete
**Annelie
Buntenbach**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft die Meldung der AFP vom 21. November 1996 zu, wonach die Bundesregierung 1987 die kolumbianische Regierung gebeten habe, die dortigen Aktivitäten des Privatagenten Werner Mauss nicht zu offenbaren, und dafür Hilfen des Bundeskriminalamts beim Aufbau einer polizeilichen Sondereinsatzgruppe zugesagt habe, und falls dies grundsätzlich zutrifft, welche Informationen kann die Bundesregierung über die daraufhin tatsächlich gewährte Unterstützung erteilen sowie ferner zu dem Hinweis, daß es sich bei den im Rahmen des offenen Ausstattungshilfeprogramms zur Drogenbekämpfung geförderten kolumbianischen Behörden DIJIN und DAS tatsächlich um die Geheimdienste des dortigen Innen- und Verteidigungsministeriums handeln soll?

57. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Ausweichsitz für die Verfassungsorgane des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler entgegen den bisherigen Planungen nicht für ca. 177 Mio. DM (verteilt auf zehn Jahre) renoviert werden soll, und wie ist ggf. diese Kurskorrektur begründet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

58. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Landeszentralbanken dazu übergehen, die Geldbearbeitung, die zur Zeit von privaten Geld- und Werttransportunternehmen geleistet wird, kostenlos für Banken und Handel zu übernehmen, und dadurch Arbeitsplätze in diesem mittelständischen Gewerbe verlorengehen?
59. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung die Einführung einer Gebühr für die Geldbearbeitung durch die Landeszentralbanken?
60. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Plant die Bundesregierung, die Zahl der Oberfinanzdirektionen bundesweit auf neun abzusinken, und welche bayerische Oberfinanzdirektion wäre von dieser Neuorganisation betroffen?
61. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mit der Eröffnung des neuen Autobahn-Zollamtes am bayerisch-tschechischen Grenzübergang Waidhaus objektiv ein erheblicher Personalmehrbedarf für den deutlich steigenden Aufgaben- und Arbeitszuwachs festzustellen ist, und wird sie die notwendigen personellen Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Grenzaufsichtsdienst auch künftig seinen Anforderungen im zöllnerischen und grenzpolizeilichen Bereich gerecht werden kann?
62. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Aus welchen Gründen will der Bund selbst den direkten Verkauf der Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäuser aus dem Bestand der bislang von französischen Truppen genutzten Liegenschaften beispielsweise in der Stadt Bühl/Baden übernehmen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, derartige Veräußerungen doch dezentral durch die betroffenen Kommunen durchführen zu lassen?

- 63.** Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD)
- Welche Haushaltstitel für Vorhaben im Rahmen der Verlagerung von Parlament und Teilen der Bundesregierung von Bonn nach Berlin sind im Bundeshaushalt 1997 mit einer Sperre versehen?
- 64.** Abgeordneter
Rudolf
Bindig
(SPD)
- Wie weit sind die Arbeiten an einer Überarbeitung bzw. Reform des geltenden Spendenrechts gediehen, die nach gemeinsamer Ansicht der Bundesregierung und des Bundesrates erfolgen soll (s. Drucksache 12/8248, S. 29) und nach eigenen Angaben der Bundesregierung für diese Legislaturperiode vorgesehen ist?

Bonn, den 29. November 1996